



Presseerklärung des Sicherheitsrats zum Anschlag auf die Mehrdimensionale integrierte Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali

NEW YORK, 21. Februar 2023 – Die Mitglieder des Sicherheitsrats verurteilten auf das Schärfste den Anschlag, der am 21. Februar in der Nähe des Dorfes Songobia südwestlich der Stadt Bandiagara auf die Mehrdimensionale integrierte Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA) verübt wurde und bei dem drei Friedenssicherungskräfte aus Senegal getötet und fünf weitere verletzt wurden.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats sprachen den Angehörigen der Opfer sowie Senegal ihr tiefstes Beileid und Mitgefühl aus. Sie bekundeten auch den Vereinten Nationen ihr Beileid. Sie wünschten den Verletzten eine rasche und vollständige Genesung. Sie bekundeten ihre Hochachtung für alle Friedenssicherungskräfte, die ihr Leben riskieren.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats forderten die Übergangsregierung Malis auf, den Anschlag mit Unterstützung der MINUSMA rasch zu untersuchen, die Tatverantwortlichen gerichtlich zur Rechenschaft zu ziehen und das betreffende truppenstellende Land im Einklang mit den Resolutionen [2518 \(2020\)](#) und [2589 \(2021\)](#) des Sicherheitsrats über die Fortschritte zu unterrichten. Sie unterstrichen, dass Anschläge auf Friedenssicherungskräfte Kriegsverbrechen nach dem Völkerrecht darstellen können. Sie betonten, dass die Beteiligung an der Planung, Steuerung, Förderung oder Durchführung von Angriffen auf Friedenssicherungskräfte der MINUSMA eine Grundlage für Benennungen zum Zweck von Sanktionen gemäß Resolutionen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen darstellt. Sie unterstrichen, dass die Gaststaaten die Hauptverantwortung für den Schutz und die Sicherheit des Personals und der Vermögenswerte der Vereinten Nationen tragen, und betonten die Bedeutung der Kontakte und der Kommunikation zwischen der MINUSMA und der Übergangsregierung Malis.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats bekräftigten, dass der Terrorismus in allen seinen Arten und Erscheinungsformen eine der schwersten Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt. Sie unterstrichen, dass diejenigen, die diese verwerflichen terroristischen Handlungen begangen, organisiert, finanziert und gefördert haben, vor Gericht gestellt werden müssen. Sie betonten, dass die für diese Tötungen Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen sind, und forderten alle Staaten nachdrücklich auf, diesbezüglich im Einklang mit ihren Verpflichtungen nach dem Völkerrecht und den einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats aktiv mit allen zuständigen Behörden zusammenzuarbeiten.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats erklärten erneut, dass alle terroristischen Handlungen verbrecherisch und nicht zu rechtfertigen sind, gleichviel aus welchen Beweggründen und wo, wann und von wem sie begangen werden. Sie bekräftigten, dass alle Staaten Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit durch terroristische Handlungen mit allen Mitteln bekämpfen müssen, im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen und sonstigen Verpflichtungen nach dem Völkerrecht, einschließlich der internationalen Menschenrechtsnormen, des Flüchtlingsvölkerrechts und des humanitären Völkerrechts.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats bekräftigten ihre uneingeschränkte Unterstützung für die MINUSMA und die anderen Sicherheitspräsenzen in der Sahel-Region, wie in Resolution [2640 \(2022\)](#) erwähnt.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats äußerten ihre Besorgnis über die Sicherheitslage in Mali und die transnationale Dimension der terroristischen Bedrohung in der Sahel-Region.

23-03267 (G)



Sie forderten die malischen Parteien nachdrücklich auf, das Abkommen für Frieden und Aussöhnung in Mali ohne weitere Verzögerung vollständig durchzuführen. Sie unterstrichen, dass ohne eine Kombination von Anstrengungen in den Bereichen Politik, Sicherheit, Friedenskonsolidierung und nachhaltige Entwicklung, die allen Regionen Malis zugutekommen, und ohne die vollständige, wirksame und alle Seiten einschließende Durchführung des Abkommens auf Dauer weder Frieden noch Sicherheit in der Sahel-Region herbeigeführt werden kann.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats betonten ferner, wie wichtig es ist, dass die MINUSMA über die erforderlichen Kapazitäten verfügt, um gemäß der Resolution [2640 \(2022\)](#) des Sicherheitsrats ihr Mandat zu erfüllen und den Schutz und die Sicherheit der Friedenssicherungskräfte der Vereinten Nationen zu fördern. Die Mitglieder des Sicherheitsrats betonten, dass diese abscheulichen Taten ihre Entschlossenheit zur weiteren Unterstützung des Friedens- und Aussöhnungsprozesses in Mali nicht beeinträchtigen werden.
